

10.10.2023

DOPPELHAUSHALT	2024/2025
ANTRAG	DHH/2023/5057

Familien nicht weiter belasten - Kita Beiträge nicht erhöhen

▶ Zuordnung im Haushaltsplan					
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt				
▶ 241	▶ 5000				
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition					
▶ 36 3650-500					
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
▶					
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen					
Art	2024	2025	2026	2027	2028
<input type="checkbox"/> Stellenschaffung/-reduzierung					
<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
<input type="checkbox"/> Sperrvermerk					
<input type="checkbox"/> Verpflichtungsermächtigung					
▶ davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
<input type="checkbox"/> Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					
s. Hinweis - F1-Taste !					

▶ Weitere Angaben
bei Leistungen an Zuschussempfänger
▶ bitte Zuschussempfänger eintragen
▶ Sachverhalt Begründung

Der Gemeinderat möge folgendes beschließen:

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung der Kitagebühren wird nicht umgesetzt.

Begründung:

Die Kitagebühren sind bereits heute eine wesentliche Belastung für viele Familien - trotz der begrüßenswerten Befreiung bzw. Reduzierung besonders einkommensschwacher Haushalte. Jedoch deckt diese nur einen Teil der Familien ab und auch für Familien, die über den Befreiungsgrenzen liegen, stellen die KITA-Gebühren eine große Belastung dar, die viele bei weiter steigenden Gebühren nicht mehr übernehmen können bzw. wollen. Karlsruhe kann sich eine weitere Erhöhung der Gebühren, insbesondere für finanzschwache Familien, nicht leisten, da sie die Attraktivität der Stadt für Familien mindert.

Wir lehnen die geplanten Gebührenerhöhungen ab und halten weiterhin am Ziel der kontinuierlichen Reduzierung der Kita-Gebühren, insbesondere für Familien mit unterdurchschnittlichem Einkommen, fest.

Wir stellen gleichfalls einen Antrag für ein Übergangsmodell, angelehnt an das Konstanzer Modell, das eine Staffelung der Einkommen nach Einkommen vorschlägt.

Unterzeichnet von:

Lukas Arslan

Karin Binder

Mathilde Göttel